



Der Abriss des Bahnhofs Aplerbeck (1981)

(Quelle: Presseberichte vom Juli 1981)

Seit der Eröffnung des Bahnhofs Aplerbeck Ende Juni 1855 war das Stationsgebäude mehrfach umgebaut und erweitert worden, jedoch waren dabei die ältesten Teile erhalten geblieben. In den 1970-er Jahren ging der Bahnreisende durch den alten, eher bescheidenen Haupteingang und dem dahinter liegenden Gang direkt durch zum Bahnsteig und verließ als in Aplerbeck Ankommender den Bahnhof auf demselben Weg. In diesem Durchgang standen den Wartenden Sitzbänke zusätzlich zu den auf dem Bahnsteig vorhandenen zur Verfügung. Wer mehr Zeit hatte, der konnte auch einen Abstecher in die Bahnhofsgaststätte machen. Die war im Sommer 1981 aber nicht mehr in Betrieb. Auch die fünf Wohnungen, die im Stationsgebäude vorhanden waren, standen nun leer.¹ Man ahnte in Aplerbeck wohl, dass der Leerstand die Vorstufe eines baldigen Abrisses des Bahnhofsgebäudes sein würde. Anfang Juli bildete sich deshalb eine Initiativgruppe „Rettet den Bahnhof“. Dieser Gruppe, die sich aus Schülern des Gymnasiums an der Schweizer Allee zusammensetzte, war es nicht allein daran gelegen, die Beseitigung des Bahnhofsgebäudes zu verhindern. Sie hoffte vor allem auch auf die Einrichtung eines Jugendcafés in den Räumlichkeiten der vormaligen Bahnhofsgaststätte. Zu diesem Zweck hatte die Gruppe sich bereits schriftlich an die Bundesbahndirektion in Essen, aber auch an die Bezirksvertretung Aplerbeck, den Jugendwohlfahrtsausschuss, Ratsvertreter und die lokale Presse gewandt.

Am Donnerstag, den 16. Juli baute die Initiativgruppe, die zu dem Zeitpunkt gerade erst seit einer Woche bestand, auf dem Marktplatz einen Informationsstand auf und legte Unterschriftenlisten aus. Mit ihrem Anliegen stießen die Jugendlichen bei vielen Aplerbeckern auf offene Ohren. Jung und Alt bekundeten dies, indem sie sich in die Listen eintrugen. Doch während die Unterschriftenaktion noch im vollen Gange war, hieß es plötzlich, dass am Bahnhof die Abrissarbeiten begonnen hätten. Tatsächlich war ein Abbruchunternehmen mit Hilfe eines Baggers dabei, das alte Gebäude niederzureißen.² Während der Arbeiten sperrten Bahn- und Schutzpolizei gemeinsam das Gelände ab.

Der durch die Initiativgruppe zum Tatort gerufene Bezirksvorsteher Noczynski, der wie die Jugendlichen von den Ereignissen überrascht wurde, konnte nicht mehr eingreifen, da ordnungsgemäße Abbruchgenehmigungen vorlagen.

Ein Bundesbahnsprecher begründete das unerwartet schnelle Vorgehen mit der Aussage, dass das Genehmigungsverfahren viel zügiger abgelaufen war, als man es vorhergesehen hatte. Dagegen kommentierte ein Beobachter der Abbrucharbeiten: *„So schnell war die Bundesbahn noch nie!“* Und ein Ratsvertreter, Neuhaus, der noch wenige Tage zuvor wegen der Zukunft des Bahnhofs ein Gespräch mit der Bundesbahn geführt hatte, fühlte sich jetzt getäuscht: *„Mir hatte man versichert, die Entscheidung könne sich noch über Monate hinziehen. Mit dieser Nacht- und Nebelaktion hat man der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Ich weiß nicht, wie man jungen Leuten Verständnis für demokratische Prozesse vermitteln kann, wenn so etwas passiert.“*

¹ Das Adressbuch der Stadt Dortmund, 1980 /81, nennt für das Haus Aplerbecker Bahnhofstr. 11 noch sechs erwachsene Bewohner.

² Abgerissen wurde nur das Stationsgebäude. Dagegen blieb das benachbarte Stellwerk, das aber nicht aus der Gründungsphase des Bahnhofs stammte, noch bis 2005 erhalten.



Mit den am 16. Juli 1981 geschaffenen Fakten war das Thema aber noch nicht erledigt. Eine Woche später bezeichnete die SPD des Stadtbezirks Aplerbeck in einer Stellungnahme den Abriss eine „*Behördenwillkür nach Feudalherrenart*“, bei der die Interessen der Bevölkerung nicht berücksichtigt worden seien, und wenn doch, dann nur deren für die Bahn negativen Aspekte. Die Politiker stufte das Vorgehen der Bundesbahn durchaus nicht als deren interne Angelegenheit ein und verwies darauf, dass auch das Deutsche Bundesbahngesetz die Berücksichtigung von Angelegenheiten des Denkmalschutzes vorschrieb. Tatsächlich war der Bahnhof Aplerbeck bereits unter der laufenden Nummer 9 in eine Liste der zu schützenden Kulturgüter eingetragen. Außerdem hatte die Bundesbahn nach Ansicht der SPD gegen das „Zweckentfremdungsverbot“ verstoßen, weil auch die fünf Wohnungen vernichtet worden waren. Die Stadt Dortmund hätte vor dem Abbruch angehört und die Abrissgenehmigung vom Regierungspräsidenten in Arnsberg erteilt werden müssen.

Auch eine Delegiertenversammlung des CDU-Stadtbezirksverbandes Aplerbeck beschäftigte sich mit den Vorgängen an der Bahnhofstraße. Die Delegierten forderten ihre Bezirksvertreter auf, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Hintergründe für das Vorgehen der Bundesbahn zu erfragen. Auch in der CDU vertrat man die Ansicht, dass die Stadtverwaltung vor den Abbrucharbeiten hätte gefragt werden müssen, weil zu erwarten stand, dass das Stationsgebäude unter Denkmalschutz gestellt würde.³

Doch die nächste Sitzung der Bezirksvertretung fand wegen der Sommerpause erst am 8. September statt. Die Liste der Tagesordnungspunkte erwähnt den plötzlichen Abbruch des Bahnhofs Aplerbeck nicht. In den seit dem Ereignis vergangenen Wochen scheint Gras über die Sache gewachsen zu sein.

³ „Dortmunder Bekanntmachungen“, 37. Jahrgang, Nr. 30 (31.07.1981)